

Mag. Gerhard Feiler  
Steuerberater

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
[e-Recht@bmf.gv.at](mailto:e-Recht@bmf.gv.at)

Wien, am 24.4.2017

**Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Wertpapier- und allgemeinen Warenbörsen 2018 und das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 erlassen werden, das Börsegesetz 1989 und das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 aufgehoben werden und das Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetz, das Aktiengesetz, das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das Alternativfinanzierungsgesetz, das Bankwesengesetz, das Bausparkassengesetz, das Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Bilanzbuchhaltungsgesetz 2014, das Bundesfinanzierungsgesetz, das Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit, das E-Geldgesetz 2010, das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz, das Energie-Control-Gesetz, das Finanzkonglomeratengesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Finanzmarkt-Geldwäschegesetz, die Gewerbeordnung 1994, das Glücksspielgesetz, das Hypothekendarlehenbankgesetz, das Immobilien-Investmentfondsgesetz, die Insolvenzordnung, das Investmentfondsgesetz 2011, das Kapitalmarktgesetz, das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz, das Körperschaftsteuergesetz, das Maklergesetz, die Notariatsordnung, das Pensionskassengesetz, das Pfandbriefgesetz, das PRIIP-Vollzugsgesetz, das Ratingagenturenvollzugsgesetz, das Rechnungslegungs-Kontrollgesetz, die Rechtsanwaltsordnung, das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, das SE-Gesetz, das SFT-Vollzugsgesetz, das Spaltungsgesetz, das Sparkassengesetz, die Strafprozessordnung 1975, das Übernahmegesetz, das Unternehmensgesetzbuch, das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz, das Wirtschaftstreuhandberufsgesetz, das Zahlungsdienstegesetz, das Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz und das Zentralverwahrer-Vollzugsgesetz geändert werden (304/ME)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als beruflich ua mit der Bearbeitung legislativer Neuerungen im Bereich des Aufsichtsrechts befasst und auch sonst an einer soliden und sowohl inhaltlich als auch formal korrekten Gesetzgebung interessierter Staatsbürger erlaube ich mir zu oa Gesetzesentwurf folgende Anmerkungen zu übermitteln (Textänderungen und –ergänzungen hervorgehoben):

## **I. Allgemeines**

Es ist bedauerlich, dass die Neufassung des BörseG und des WAG nicht zum Anlass genommen wurde, diese Gesetze grundlegend neu zu organisieren. Insbesondere das BörseG 1989 war durch die seit seiner Einführung umfassende gesetzliche Entwicklung - auch aber nicht nur auf EU-Ebene - historisch gewachsen und dadurch unübersichtlich geworden. Nunmehr wurde die Chance vergeben, eine durchgängige logische Gliederung herzustellen.

Im Gegenteil kann man sich mitunter des Gefühls nicht erwehren vom Gesetzgeber zT auf eine „Schnitzeljagd“ geschickt zu werden, wenn man einzelne Regelungen in dem umfangreichen 173 Seiten starken Konvolut sucht. So findet man zB im 1. Hauptstück unter der Überschrift „Zulassung und Handel an der Wertpapierbörse“ gleich zu Beginn wieder Regelungen, die auch die Warenbörse betreffen oder im Abschnitt „Warenbörse und Börsensensale“ auch wieder Bestimmungen die auch für Wertpapierbörse-Sensale gelten können (vgl. § 63 BörseG 2018). Im 1. Hauptstück „Marktinfrastruktur“ befinden sich in §§ 45 ff. auch eine Reihe von „Transparenzvorschriften und sonstige Pflichten von Emittenten“ (= Titel des 2. Hauptstücks). Gegenüber der derzeitigen Gliederung wesentlich verbösernd und völlig deplatziert erscheint die Einordnung der Regelungen zum Erwerb bzw. der Veräußerung von Anteilen am Börseunternehmen selbst in den §§ 48 und 58 BörseG 2018, also in zwei verschiedenen Unterabschnitten des

Abschnitts „Geregelter Markt“, obwohl sie einerseits miteinander eng verbundenen sind und andererseits mit dem Börsenhandel selbst überhaupt nichts zu tun haben. Auch ist nicht einsichtig, warum die Begriffsbestimmungen, die für die §§ 163 bis 175 BörseG 2018 gelten sollen, ausgerechnet in § 151 BörseG 2018 stehen, nur weil dort ein neues „Hauptstück“ beginnt.

Die Begründung lt. EB, dass die Hauptstücke nach umzusetzenden EU-Richtlinien eingeteilt wurden, vermag nicht zu überzeugen: Das mag zwar den Umsetzungsnachweis nach Brüssel einfacher machen, die Umsetzung sollte sich wohl aber doch primär an dem Bedürfnis der Normadressaten nach möglicher Einfachheit und Klarheit der Gesetzgebung in einer ohnehin äußerst komplexen Materie orientieren! Die EU-Rechtsakte sind ebenfalls historisch gewachsen und dementsprechend unterschiedlich detailliert und textiert und legen ihre Schwerpunkte jeweils auf verschiedene Aspekte der gleichen Themen. Nunmehr wäre die Gelegenheit gewesen, in einer Gesamtschau die aktuellsten und präzisesten Regelungen generell zu übernehmen.

So aber besteht das BörseG 2018 de facto aus drei fast kompletten Gesetzen plus ein paar Ergänzungen, die alle nebeneinander stehen und nur unvollkommen zusammenpassen. Der FMA wird etwa jedesmal erklärt,

- welche Rechte sie bei der Aufsichtsarbeit hat,
- dass sie das AVG und VStG anzuwenden hat,
- wie und wann sie Verstöße veröffentlichen und wieder löschen muss oder
- wie sie den Gewinn der Körperschaften ermitteln soll um daraus die Strafhöhe zu errechnen.

Dabei ist aber die Wortwahl jeweils abweichend. Bei der Gewinnermittlung wird zB einmal nur auf Kreditinstitute und sonstige Unternehmen abgestellt, und vergessen auch Wertpapierfirmen zu erwähnen, die ebenfalls gemäß BWG-Schema bilanzieren, das andere mal fehlt wieder eine Regelung für die sonstigen Unternehmen, die gemäß UGB-Schema bilanzieren, auf die IFRS-Bilanzierer wird überhaupt nicht eingegangen. Ebenso wird den Unternehmen und der FMA immer wieder erklärt, dass sie wirksame Maßnahmen zum Schutz von Whistleblowern einzurichten haben, wobei aber nur einmal fast am Ende genauer erklärt wird, wie diese für diesen Teilbereich auszusehen haben.

Die Übergangsbestimmungen sind dadurch ebenfalls auf verschiedene Stellen verstreut und die Zuständigkeitsregelungen widersprechen sich teilweise (vgl. § 114 vs. § 174).

Geradezu absurd mutet es an, dass Definitionen ein und desselben Begriffs in ein und demselben Gesetz (BörseG 2018) unterschiedlich getroffen werden (vgl. § 1 Z 8 vs. § 151 Z 8) oder Begriffe nochmals mittels Verweises auf eine bereits vorgenommene Definition definiert werden (vgl. § 118 Abs. 1). Damit werden die allgemeinen Auslegungsregelungen völlig negiert bzw. auf den Kopf gestellt!

## **II. Zum Gesetzstitel:**

Fallfehler: Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, ...

## **III. Zu Art. 1 – Umsetzungshinweis**

Die beiden so formatierten Absätze sollten mit Absatznummern versehen werden.

Delegierte Verordnungen und Richtlinien sollten stets mit Großbuchstaben am Anfang geschrieben werden. Da in der Zwischenzeit die Kundmachung im Amtsblatt der Europäischen Union erfolgt ist, wären die Platzhalter durch eine korrekte Fundstellenzitation in der jeweils grammatikalisch richtigen Form zu ersetzen.

Dies gilt auch für alle weiteren Stellen in den **Art. 2 ff.**, wo Platzhalter für diese verwendet wurden.

## **IV. Zu Art. 2 – BörseG**

**Zum Inhaltsverzeichnis:** Siehe zu I. Allgemeines.

**Zu § 1 Z 1:** Fallfehler: „des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018“

- Zu § 1 Z 4:** Da Art. 4 Abs. 1 Z 15 seinerseits wieder auf Anhang I Abschnitt C der Richtlinie 2014/65/EU verweist, sollte die Verweiskette durch direkten Referenz auf letztere Richtlinienbestimmung **abgekürzt** werden.
- Zu § 1 Z 4:** Tippfehler: Hochkomma; Numerusfehler: „Kreditinstitute“; „sind“ ist zu **streichen** oder durch „das sind“ zu **ersetzen**, da es so nicht zum Einleitungssatz passt
- Zu § 1 Z 14 lit. a:** Die Nummerierung als sublit. cc **passt nicht**, da deren Text zu sublit. aa und bb gehört und keine weitere Emittentenkategorie kreiert. Es sollte daher die **Formatierung** wie für lit. a und b gewählt werden.
- Zu § 2:** Fallfehler: „Bankwesengesetzes“
- Zu § 3 Abs. 3:** Da in der Zwischenzeit die Kundmachung im Amtsblatt der Europäischen Union erfolgt ist, wären die Platzhalter durch eine korrekte Langzitierung mit Fundstelle zu **ersetzen**. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die einschlägigen Delegierten Verordnungen und Richtlinien nicht auch im § 177 **angeführt** werden, Diesfalls könnte die Fundstellenzitierung hier **entfallen**.
- Zu § 1 Abs. 1 Z 1:** Da in § 6 Abs. 1 Z 6 eine Änderung bei der SE als Erlöschensgrund angeführt ist, muss wohl auch die Rechtsform der SE zulässig sein und sollte **hier angeführt** werden.
- Zu § 7 Abs. 7:** Die StPO sollte bei ihrer erstmaligen Zitierung in Langfassung mit Fundstelle angegeben werden: „der Strafprozessordnung 1975 – StPO, BGBl. Nr. 631/1975,“
- Zu § 15 Abs. 2:** Numerusfehler: „nicht beeinträchtigt“
- Zu § 17 Abs. 2:** Der letzte Satz sollte gestrichen werden, da sein Inhalt ohnehin in Abs. 4 ausführlicher **enthalten** ist.
- Zu § 17 Abs. 6:** unvollständige RL-Umsetzung, da eine Aussetzung darin nicht zwingend vorgeschrieben wird. Es sollte **analog zu Abs. 3 lauten** - vgl. Art. 52 Abs. 2 UAbs. 5 der MiFID II und § 81 Abs. 5.
- Zu § 17 Abs. 7:** ergänzen: „gelten **auch**, wenn“
- Zu § 19 Abs. 1:** ergänzen: „Stellungnahme **von** ESMA“
- Zu § 19 Abs. 2:** Numerusfehler in Satz 3 bereits in RL-Text: „Volumina“;  
in Satz 4 „deren“ statt „~~ihrer~~“, da die FMA keine Befugnisse aus der Verordnung (EU) 1095/2010 hat
- Zu § 19 Abs. 9:** Fallfehler „ab **dem** Tag“; ergänzen: „Stellungnahme **von** ESMA“
- Zu § 19 Abs. 10 Z 2:** unvollständige RL-Umsetzung: FMA kann nicht für alle Personen zuständig sein sondern nur für solche, „die sich in Österreich aufhalten oder hier tätig sind“
- Zu § 20 Abs. 1 und 2:** Warum nicht auch Kreditinstitute?
- Zu § 20 Abs. 2 Z 2:** Numerusfehler bereits in RL-Text: „Volumina“
- Zu § 20 Abs. 3:** ergänzen: „in **an** diesem Handelsplatz gehandelten Kontrakten gehalten werden“
- Zu § 20 Abs. 4 Z 2:** Genus- und Numerusfehler: „ein Organismus ... oder **ein** Verwalter“
- Zu § 22 Abs. 5:** Anpassung an allgemein verwendete Diktion: „der FMA, jedoch bei allgemeinen Warenbörsen dem Bundesminister für Wissenschaft, Forschung“ statt „~~der Aufsichtsbehörde~~“
- Zu § 25 Abs. 2 Z 3:** ergänzen: „**zu haben**“ am Satzende
- Zu § 26:** Fallfehler im Einleitungssatz: „Marktbetreiber“
- Zu § 32:** Paragraphennummer **fett drucken**
- Zur Abschnittsüberschrift vor § 37:** S. I. Allgemeines. Diese Überschrift **passt** hier überhaupt **nicht** her. Sie lautet auf „Wertpapierbörse“ aber der Text beginnt mit „Wertpapierbörse und allgemeine Warenbörse“ Sie sollte daher hinter § 37 verlegt werden.
- Zu §§ 38 ff.:** S. I. Allgemeines. Die Verwendung der Begriffe „Geregelter Markt“ und „Amtlicher Handel“ erfolgt völlig **willkürlich und unsystematisch**. Lt. § 117 und EB soll es in Hinkunft nur einen

Amtlichen Handel in Österreich geben, wodurch beide Begriffe synonym aufzufassen wären. Die Trennung der §§ 39 und 40 intendiert allerdings, dass es neben dem Amtlichen Handel auch noch andere Formen eines Geregelten Marktes geben kann. Diese verwirrende Begriffsvielfalt sollte daher bereinigt und ein Terminus einheitlich verwendet werden,

**Zu § 38 Abs. 5:** Diese Bestimmung normiert eine weitere Zulassungsvoraussetzung und sollte daher systematisch in § 39 **verschoben** werden.

**Zu § 38 Abs. 8 bis 10:** Umgekehrt betreffen diese Absätze nicht die Zulassungsvoraussetzungen sondern das Verfahren wie damit umzugehen ist und **gehören** daher sachlich **zu § 38**, weil dort ohnehin zT schon angeführt, zB. in Abs. 4. Damit würden sich auch die Querverweise **erübrigen**.

**Zu § 42 Abs. 3 Z 7:** 2x Fallfehler: „der gebilligte Prospekt“

**Zu § 48:** S. I. Allgemeines. Diese Bestimmung ist wie dort erwähnt hier völlig **deplatziert** sondern gehört zu den Bestimmungen, die ausschließlich die Voraussetzungen für eine Beteiligung am Unternehmen Wiener Börse angeben. Deshalb sollte es außerdem in Abs. 6 „des **Börseunternehmens**“ statt „des ~~geregelten Marktes~~“ heißen.

**Zu § 49:** „Die Anmerkung „~~Kaufmännischen~~ bis 31.12.06]“ ist kein Gesetzestext und sollte **gestrichen** werden; Nach der nunmehrigen Diktion der IO sollte es „**Insolvenzfall**“ statt „~~Konkursfall~~“ heißen.

**Zur Abschnittsüberschrift vor § 58:** S. I. Allgemeines. Auch diese Überschrift **passt** hier überhaupt **nicht** her, weil Börsesensale auch für die Wertpapierbörse bestellt werden können sollen. Für die Börsesensale sollte daher besser ein eigener Unterabschnitt vor § 61 gebildet werden. Alternativ könnten die Bezugnahmen auf Sensale bei der Wertpapierbörse entfernt werden, weil ohnehin totes Recht.

**Zu § 58:** S. I. Allgemeines und zu § 48. Auch diese Bestimmung ist wie dort erwähnt hier völlig **deplatziert** sondern gehört zu den Bestimmungen, die ausschließlich die Voraussetzungen für eine Beteiligung am Unternehmen Wiener Börse angeben.

**Zu § 61 Abs. 6:** Statt „~~Landeskammer der gewerblichen Wirtschaft~~“ sollte es nunmehr „**Wirtschaftskammer**“ heißen.

**Zu § 63 Abs. 2:** Fallfehler: „unternehmerischen“

**Zu § 63 Abs. 3:** Numerusfehler: „Versteigerungen“

**Zu § 70 Abs. 1: Satzstellung:** „Die FMA **hat** auf Antrag des Börseunternehmens ~~hat~~...“

**Zu § 75 Abs. 2 Z 9:** ergibt mit der Einleitung **keinen deutschen Satz**, da bereits schlechte RL-Übersetzung: nicht die Betreiber „haben in Einklang zu stehen“ sondern über Systeme zu verfügen, die „im Einklang stehen“!

**Zu § 75 Abs. 4:** Imperativ: „**dürfen** ... **nicht entstehen**.“ statt „entstehen ... ~~nicht~~“

**Zu § 77 Abs. 3:** Da MTF keine Börsen sein müssen, **passen** die Begriffe „Börsemitglieder“ und „Börsebesucher“ **nicht** sondern sollte besser „**Teilnehmer**“ und „**Nutzer**“ verwendet werden (vgl. § 75).

**Zu § 78 Abs. 8:** Im ersten Satz sollte zwischen „kann“ und „erlangen“ ein **Beistrich** gesetzt werden.

**Zu § 80 Abs. 2 Z 1:** S. Zu § 77 Abs. 3.

**Zu § 80 Abs. 5:** Dieser Absatz wiederholt bloß die Pflichten gemäß Abs. 3 und sollte deshalb **ersatzlos entfallen**;

außerdem Fallfehler: „diese“

**Zu § 80 Abs. 6:** Unvollständige RL-Umsetzung: Nicht die FMA soll **untersagen** können, wenn Voraussetzungen nicht vorliegen, sondern das MTF hat (nur) zu **gestatten**, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

**Zu §§ 83 ff:** Gemäß der österreichischen Terminologie sollte im Zuge der RL-Umsetzung der Begriff „Zulassung“ durch „**Konzession**“ ersetzt werden.

**Zu § 83 Abs. 1:** Tippfehler: „Bereitstellens“

**Zu § 89 Abs. 3:** Nach dessen Verlautbarung im Amtsblatt der Europäischen Union sollte der Ausdruck „in ~~technischen Regulierungsstandards gemäß Art. 65 Abs. 8 lit. e der Richtlinie 2014/65/EU~~“ durch „in der Delegierten Verordnung (EU) 2017/571 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU durch technische Regulierungsstandards für die Zulassung, die organisatorischen Anforderungen und die Veröffentlichung von Geschäften für Datenbereitstellungsdienste, ABl. Nr. L 87 vom 31.03.2017 S. 126,“ konkretisiert werden. Bei Aufnahme auch dieser RL in den § 177 könnte das Langzitat allerdings gekürzt werden,

**Zu § 91 Abs. 2:** Numerusfehler: „sowie einer ... delegierten Verordnung“

**Zu § 93 Abs. 2 Z 8:** es genügt, wenn die FMA **entweder** „fordern“ **oder** „verlangen“ kann

**Zu § 93 Abs. 2 Z 13:** „§ 93“ kann entfallen, da Binnenzitat.

**Zu § 93 Abs. 6:** Numerusfehler: „sowie einer ... delegierten Verordnung“

**Zu § 93 Abs. 7:** 2 x Verweisfehler: „Abs. 6“

**Zu § 95 Abs. 2:** Fallfehler: „erlasseneu“;

es sollten auch die auf Grund der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 erlassenen **Delegierten Verordnungen** angeführt werden.

**Zu § 93 Abs. 3 Z 2:** „Kreditinstitute“ ist zu eng, es sollten **alle** Mitarbeiter von in Abs. 1 angeführten Rechtsträgern geschützt werden.

**Zu § 96:** Gemäß der österreichischen Terminologie sollte im Zuge der RL-Umsetzung der Begriff „Verwaltungssanktionen“ durch „Verwaltungsstrafen“ ersetzt werden.

**Zu § 97:** Diese Bestimmung erscheint unnötig und sollte daher entfallen, da es in einem Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte, dass von einer Behörde **alle** Bundesgesetze einzuhalten sind.

**Zu § 99:** „Bundesgesetzes“ statt „Gesetzes“

**Zu §§ 106 ff:** Die Aufzählungen sollten jeweils mit „oder“ bzw. im Fall des § 107 Abs. 5 mit „und“ vor der letzten Ziffer beendet werden.

**Zu § 106 Abs. 1 Z 17 und 18:** 2x Tippfehler: „gemäßu“

**Zu § 106 Abs. 1 Z 48:** Diese Ziffer bildet mit der Einleitung keinen deutschen Satz. Richtig sollte es heißen:

„48. gegen eine Verpflichtung gemäß Art. 59 Abs. 2 oder 3 der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 oder **nicht die Verpflichtung**, die notwendigen Verfahren und Kontrollen gemäß Art. 59 Abs. 5 lit. b der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 **eingeführt hat einzuführen**“.

**Zu § 107 Abs. 6:** Satz 1 **streichen**, weil doppelt, vgl. § 113, Wenn nicht, warum werden aber nicht auch Abs. 8 und § 106 einbezogen? Dann könnte dort jedenfalls jeweils der Zusatz „~~von der FMA~~“ entfallen.

**Zu § 107 Abs. 8:** Numerusfehler: „des“

**Zu § 109:** S. I. Allgemeines. Hier sind zwar die Wertpapierfirmen einbezogen, dafür **fehlt** der Hinweis auf die Ermittlung bei sonstigen Unternehmen.

**Zu § 110 Abs. 5:** Gehört als Rechtsschutzmaßnahme sachlich zu § 111.

**Zu § 110 Abs. 9:** zu **streichen** weil doppelt, vgl. Abs. 6

**Zu § 114:** S. I. Allgemeines. Da hier nicht nur auf das 1. Hauptstück abgestellt wird, steht es damit im **Widerspruch** zu § 174. Einmal soll der BMF für alle übrigen Bestimmungen zuständig sein, dann doch wieder der BMJ bzw. der BMF im Einvernehmen mit dem BMJ! Generell erscheint die Aufteilung der Zuständigkeitsregelungen **nicht sinnvoll**.

**Zu § 117 Z 3 und 4:** **unnötig**, da das Börsensensalegesetz schon lange aufgehoben ist.

**Zu § 117 Z 6 bis 8:** Die unveränderte Übernahme von veralteten Übergangsbestimmungen aus dem BörseG 1989 ist **nicht zielführend**, da der Text nicht zum Einleitungssatz passt. Es sollte vielmehr jeweils auf die aktuelle Regelung im BörseG 1989 abgestellt werden.

- Zu § 117 Z 10:** Da das WiEReg noch nicht beschlossen ist, ja noch nicht einmal offizielle Entwürfe vorliegen, erübrigt sich eine derartige Übergangsvorschrift, wenn in diesem Gesetz der Anwendungsbereich entsprechend zeitlich eingeschränkt wird.
- Zu § 118 Abs. 1:** S. I. Allgemeines. Eine Begriffsbestimmung durch Verweis auf die Definition im gleichen Gesetz erscheint **nicht sinnvoll**.
- Zu § 118 Abs. 2 Z 3:** Diese RL ist nicht mehr gültig, der Verweis müsste auf „Anhang I der Richtlinie (EU) 2015/1535, ABl. Nr. L 241 vom 17. September 2015 S. 1“ geändert werden.
- Zu § 119 Abs. 4 Z 1:** Numerusfehler: „ihre ... und sonst für sie ...“
- Zu § 119 Abs. 9 und 10:** gehören sachlich zu § 120 und sollten **dort eingereicht** werden.
- Zu § 119 Abs. 13:** Diese RL ist nicht mehr gültig, der Verweis müsste auf „Richtlinie 2009/65/EG“ geändert werden.
- Zu § 120 Abs. 4:** Die Anmerkungen „~~[und § 73 Abs. 1 VAG]~~“ sowie „~~gilt ab 1.1.16~~“ stellen keinen Gesetzestext dar und sind zu **streichen**.
- Zu § 121 Abs. 3:** Die Mindeststückelung muss „100 000 Euro“ statt „~~50 000 Euro~~“ betragen.
- Zu § 122 Abs. 7:** Der letzte sollte ersatzlos entfallen, da bereits seit vielen Jahren **veraltet**.
- Zu § 122 Abs. 9:** Diese RL ist nicht mehr gültig, der Verweis müsste auf „Richtlinie 2009/65/EG“ geändert werden.
- Zu § 125 Abs. 2:** Korrekte Zitierung: „Verordnung (EG) Nr. 1606/2002/~~EG~~“
- Zu § 125 Abs. 3:** Der Verweis auf „~~82 Abs. 8 VAG~~“ ist ebenfalls veraltet und sollte durch einen auf „§ 266 VAG 2016“ ersetzt werden.
- Zu § 125 Abs. 4:** Die Zitierung der **Richtlinie 2013/34/EU** in Langfassung ist unnötig, da diese Richtlinie ohnehin in § 177 in Langfassung aufgeführt ist.
- Zu § 125 Abs. 5 Z 3:** Korrekte Zitierung: „Verordnung (EG) Nr. 1606/2002/~~EG~~“
- Zu § 127 Abs. 2:** „~~Monatsausweis und Quartalsbericht~~“ gibt es schon seit Jahren nicht mehr. Der Verweis müsste 2x auf „Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis“ in der jeweils grammatikalisch richtigen Form geändert werden.
- Zu § 134 Abs. 2 und 3:** Diese RL ist nicht mehr gültig, der Verweis müsste auf „Richtlinie 2009/65/EG“ geändert werden.
- Zu §§ 140 ff.:** S. I. Allgemeines.
- Zu § 143:** Hier sind zwar im Gegensatz zu § 109 die sonstigen Unternehmen angeführt, es **fehlen** allerdings dafür die Wertpapierfirmen, die ebenso wie Kreditinstitute gemäß Anlage 2 zum BWG bilanzieren.
- Zu § 150 Z 2:** Diese unreflektiert aus dem BörseG 1989 übernommene Übergangsbestimmung, die mit 1.1.2018 endet, **ist unnötig**, da das BörseG 2018 erst mit 3.1.2018 in Kraft treten soll.
- Zu § 151:** S. I. Allgemeines. Doppelte Definitionen innerhalb des selben Bundesgesetzes sind **unnötig** und zu vermeiden. Die Anführung der übrigen Begriffsbestimmungen, die erst 12 Paragraphen später gelten soll, erscheint an dieser Stelle **willkürlich**. Dass hier ein sog. Hauptstück beginnt, erscheint als Begründung nicht schlüssig.
- Zu § 153 Abs. 2:** Die Zitierung der StPO in Langfassung ist **unnötig**, da hier nicht mehr zum ersten Mal.
- Zu § 163 Abs. 8 und § 164 Abs. 3:** Der Klammerausdruck ist 2x **unnötig**, da der Begriff ohnehin in § 1 gleichartig definiert ist. Wenn es als erforderlich erachtet wird, dann sollte **darauf verwiesen** werden; die Auflistung sollte mit „oder“ vor der letzten Ziffer ergänzt werden.
- Zu § 164 Abs. 3 und 4:** Fehlverweis: 2x „§ 163 Abs. 8“
- Zu § 174 Abs. 4:** Fehlverweis: „§§ ... 162, ...“;  
wer ist für die übrigen Paragraphen **zuständig**?

**Zu § 175:** Unvollständiger Verweis: „§§ 48b und 48c des Börsegesetzes - BörseG, BGBl. Nr. 555/1989,“

**Zu 177 Abs. 2 und 3:** Wenn wie oa. Zitat in Langfassung ergänzt wird, **dann** ist in Abs. 2 ein Kurzzitat **ausreichend**, in Abs. 3 jedenfalls.

**Zu § 177 Abs. 4 und 5:** Entsprechend der Aussage im Einleitungssatz, sollten **alle** Rechtsvorschriften auch tatsächlich in ihrer **aktuellen Fassung** und nicht nur in der jeweiligen Stammfassung **angegeben** werden;

**zusätzlich** sollten in die Auflistung auch die im Gesetz angeführten Delegierten Rechtsakte **aufgenommen** werden.

**Zu § 177 Abs. 4 Z 4:** Diese Richtlinie **gilt nicht mehr** und ist **zu streichen** und durch die Nachfolgebestimmung **zu ersetzen** (vgl. Zu § 118 Abs. 2 Z 3).

**Zu § 181:** Es fehlt eine Ermächtigung der FMA zur Erlassung von Verordnungen bereits ab Kundmachung des Bundesgesetzes um **unnötige Verzögerungen** in diesem Bereich zu **vermeiden**.

### **V. Zu Art. 4 – WAG 2018**

**Zu § 1 Abs. 1 Z 1:** Einheitliche Zitierweise für EU-Rechtsakte: „**Nummer**“ statt „Z“ (vgl. Z 2)

**Zu § 1 Abs. 1 Z 3 lit. e:** Da in der Zwischenzeit die Kundmachung im Amtsblatt der Europäischen Union erfolgt ist, wären die Platzhalter durch eine korrekte Langzitierung mit Fundstelle zu ersetzen. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die einschlägigen Delegierten Verordnungen und Richtlinien nicht auch im § 114 angeführt werden? Diesfalls könnte die Fundstellenzitierung hier entfallen.

Im Schlusssatz sollte zur Vereinheitlichung auch der Begriff „**Wertpapierdienstleistungen**“ verwendet werden.

**Zu § 1 Abs. 1 Z 7 lit. g und j:** Da **Zinstermingeschäfte** (Forward Rate Agreements) nur auf Geld aber nicht auf Waren uä abgeschlossen werden können, sollte hier 2x wie in der RL der korrekte Ausdruck „**Termingeschäfte (Forwards)**“ verwendet werden.

**Zu § 1 Abs. 1 Z 8 lit. f und g:** Lit. f sollte ersatzlos **entfallen**, weil keine Definition und lit. g zu lit. f **umbenannt** werden. Dann passt auch der Schlusssatz, in dem lit. g nicht angeführt wird.

**Zu § 1 Abs. 1 Z 14 und 15:** Einheitliche Zitierweise: „**gemäß** Art. 2 Abs. 1 ...“ statt „~~in~~ Art. 2 Abs. 1 ... definiert sind“

**Zu § 1 Abs. 1 Z 20 lit. b:** Fallfehler: „einschließlich eines Ministeriums, einer Behörde oder einer Zweckgesellschaft“

**Zu § 1 Abs. 1 Z 21:** Tippfehler: „2018~~,~~“

**Zu § 1 Abs. 1 Z 23:** Diese Definition erscheint **nicht nötig**, da dieser Begriff nur innerhalb der Definitionen verwendet wird und in Z 24 und 25 ohnehin nochmals Bestandteil des Textes ist und in Z 30 eine **Ergänzung** erfolgen könnte.

**Zu § 1 Abs. 1 Z 33:** Der **Kettenverweis** sollte abgekürzt werden, indem **direkt** auf die Richtlinie 2013/36/EU **verwiesen** wird.

**Zu § 1 Abs. 1 Z 46:** Fallfehler: „Wertpapierdienstleistungsunternehmens~~s~~“;  
„WAG“ ist unnötig, da Binnenzitat

**Zu § 1 Abs. 1 Z 56:** Fallfehler: „einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen~~n~~, einem Kreditinstitut ..., einem Marktbetreiber ... oder einem Datenbereitstellungsdienst“;

besser „Aufsichtsorgan“ statt Aufsichtsrat“, da ein solcher nicht zwingend ist (zB bei WPDLUs“ in der Rechtsform einer Personengesellschaft);

die bereits in der RL **falsche Satzstellung** „die natürlichen Personen ... einschließlich der Umsetzung ...“ sollte **berichtigt** werden, indem der letzte Halbsatz nach „Tagesgeschäft des Unternehmens“ eingefügt wird.

**Zu § 1 Abs. 1 Schlusssatz:** Ersatz der Platzhalter durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/567, ABl. Nr. L 87 vom 31.03.2017 S. 50“; bei einer Aufnahme der Delegierten Verordnungen in die Auflistung des § 114 könnte der Fundstellennachweis allerdings entfallen.

**Zu § 2 Abs. 1 Z 1:** Tippfehler „-VAG 2016“

**Zu § 2 Abs. 1 Z 6 lit. b:** Die RL-Umsetzung erscheint unvollständig, da die **Ausnahme** für nicht-finanzielle Unternehmen **fehlt**. Dadurch würden auch viele Finanzabteilungen, Cash-pools, etc. großer Industrie- und Handelsunternehmen, die an einem MTF teilnehmen, zu Wertpapierfirmen.

**Zu § 2 Abs. 1 Z 11:** Veralteter Gesetzstitel: „Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz – BMSVG“

**Zu § 2 Abs. 2:** Unvollständige Zitate: „Art. 3, ~~Art.~~-21 bis 25, ... der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 sowie ... des VAG 2016 ...“

**Zu § 2 Abs. 3:** zu streichen: „Art. 3, ~~Art.~~-21 bis 25, ...“

**Zu § 3 Abs. 2 Z 3:** Auch wenn dieser bereits bisher gefehlt hat, sollte auch in dieser Ziffer am Beginn der Artikel „die“ ergänzt werden.

**Zu § 4 Abs. 3:** nunmehr: „gemäß Abs. 2 Z 2 und 3“

**Zu § 5 Abs. 2:** Auch wenn dies bereits bisher falsch war, sollte es nunmehr statt „~~des 1. und 2. Unterabsatzes~~“ richtig „der Z 1 bis 3“ lauten, da sich der erste Unterabsatz bis zum Ende der Z 3 erstreckt und sich dieser Text daher erst im 2. Unterabsatz befindet.

**Zu § 12 Abs. 1 bis 5:** Die Begründung der EB für die Verweise auf die Richtlinie 2013/36/EU (CRD) für eine rein innerösterreichische Bestimmung überzeugt nicht. Es sollte hier mit Verweisen auf § 5 Abs. 1 Z 9a und § 28a BWG das Auslangen gefunden werden können. Das dort angeführte SpG ist für Wertpapierdienstleister nicht einschlägig und zu den Pflichten gemäß §§ 39, 43 und 44 BWG bestehen im WAG 2016 ohnehin Spezialbestimmungen. § 29 BWG sollte im Größenschluss nicht anwendbar sein, da inländische Wertpapierdienstleister gemäß §§ 3 und 4 jedenfalls nicht annähernd Bilanzsummen von 1 Mrd Euro erreichen können. Falls doch wäre diesbezüglich eine Wesentlichkeitsgrenze vorzusehen, der globale Verweis auf Art. 88 und 91 CRD würde den Nominierungsausschuss für alle Wertpapierdienstleister verpflichtend machen, da die RL-Einschränkung der „erheblichen Bedeutung“ für diese nirgends quantifiziert ist.

Da insb WPDLUs keinen Aufsichtsrat haben müssen, sollte die auch im BWG gebräuchliche Formulierung „des Aufsichtsrats oder des sonst nach Gesetz oder Satzung zuständigen Aufsichtsorgans“ gewählt werden;

Tippfehler: „Aufsichtsrats“

**Zu § 14 Abs. 3:** Dieser Absatz **verkennt** den Regelungszweck des Paragraphen **völlig**. Hier geht es nicht darum, dass Wertpapierfirmen oder WPDLUs eine qualifizierte Beteiligung halten wollen, sondern dass umgekehrt ein anderes Unternehmen eine qualifizierte Beteiligung an einer Wertpapierfirma oder einem WPDLU erwerben will. Er sollte daher nochmals **komplett überarbeitet** werden.

Unvollständiges Zitat: „im Sinne des § 1 Z 3 lit. f“

**Zu § 15 Abs. 4 Z 2:** Warum wird nunmehr die **Richtlinie 2014/65/EU** nicht mehr angeführt?

**Zu § 15 Abs. 5 Z 1 bis 3:** Auch wenn bereits bisher so verwendet, sollte das Zitat jeweils auf „Art. 2 Abs. 1 Buchst. b der Richtlinie 2009/65/EG“ geändert werden, da sich dort die Definition der Verwaltungsgesellschaft befindet.

**Zu § 17 Abs. 2:** Zitate besser: „§ 18 Abs. 1 bis 5“ und „§ 18 Abs. 1 oder 4“

**Zu § 17 Abs. 3:** Zitat besser: „§ 18 Abs. 3“

**Zu § 17 Abs. 4:** In die Aufzählung sollte auch „§ 33“ aufgenommen werden (vgl. § 33 Abs. 10)

Fallfehler: „Dienstleistungsverkehrs“;

Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“



**Zu § 18 Abs. 3:** Zitat richtig: „Abs. 1 und 2“

**Zu § 18 Abs. 5:** sollte ersatzlos **entfallen**, da ident mit Abs. 2 Satz 2 und 3

**Zu § 19 Abs. 4:** Der Zusatz „als der gemäß Art. 79 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU als Kontaktstelle benannten zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats“ sollte ersatzlos entfallen, da in § 104 ohnehin klargestellt.

**Zu § 19 Abs. 5:** In die Aufzählung sollte auch „§ 33“ aufgenommen werden (vgl. § 33 Abs. 10)

Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“

Einheitliche Schreibweise: „Abs.“ statt „Absatz“

**Zu §§ 21 ff:** Gemäß der österreichischen Terminologie sollte im Zuge der RL-Umsetzung der Begriff „Zulassung“ durch „Konzession“ ersetzt werden.

**Zu § 25 Einleitung:** Der Zusatz „die eine Zulassung gemäß § 23 erteilt hat,“ sollte ersatzlos entfallen.

**Zu § 25 Z 5:** „oder“ sollte **ans Ende** der vorigen Ziffer gestellt werden;

Numerusfehler: „vorsehen“

**Zu § 26 Abs. 1:** Die globale Einbeziehung der Versicherungsunternehmen und Zweigstellen von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten aus Mitgliedsländern in den Rechtsträgerbegriff und damit in den Anwendungsbereich des gesamten 2. Hauptstücks wurde aus dem WAG 2007 übernommen und ist damit weiterhin rechtstechnisch problematisch und irreführend, da sich erst aus den verwiesenen Paragraphen ergibt, dass eigentlich nur ein kleiner Ausschnitt der Bestimmungen für diese RL-konform jeweils tatsächlich anwendbar sind.

**Zu § 26 Abs. 2 Z 1 bis 3:** Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“

**Zu § 26 Abs. 3:** Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“

**Zu § 27 Abs. 1:** Da „dass“ alle Ziffern einleitet - in Z 4 wäre es zu **ergänzen** - sollte es **ans Ende** der Einleitung **gestellt** werden.

Die Aufzählung sollte mit „und“ vor der letzten Ziffer ergänzt werden.

**Zu § 27 Abs. 1 Z 2:** Am Ende sollte wie im Rest der Ziffer auch der Konjunktiv „könnte“ verwendet werden.

**Zu § 27 Abs. 2 Z 4:** „vorzulegen“ am Ende sollte entfallen, da sonst kein deutscher Satz entsteht.

**Zu § 27 Abs. 6:** Numerusfehler: „seinen“

**Zu § 28 Abs. 1 Einleitung:** Zur Vereinheitlichung der Begriffsverwendung sollte es auch hier „Handelsplatz“ statt „Börseunternehmen“ heißen.

**Zu § 28 Abs. 1 Z 3:** Zur Vereinheitlichung der Begriffsverwendung sollte es auch hier „den Rechtsträger“ statt „die Wertpapierfirma“ heißen.

**Zu § 29 Abs. 1:** Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“

**Zu § 30 Abs. 17:** Tippfehler: „beeinflussen ~~zu~~ könnten“

**Zu § 31 Abs. 7:** Der unnötig kompliziert übersetzte RL-Begriff „Geeignetheit“ sollte durch „Eignung“ ersetzt werden.

**Zu § 33 Abs. 8:** Zur Vereinheitlichung der Begriffsverwendung sollte es auch hier „der Rechtsträger“ statt „die Firma“ heißen.

**Zu § 33 Abs. 10:** Der letzte Satz sollte **ersatzlos entfallen**, da er nur die Rechtsverhältnisse zwischen ausländischen Rechtsträgern behandelt und daher aus der RL nicht übernommen werden muss.

**Zu § 34:** Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“

**Zu § 38 Abs. 8:** Im Zuge der RL-Umsetzung sollte der Begriff „Verantwortliche für die Abwicklung“ durch „Abwicklungsbehörde“ ersetzt werden.

**Zu § 41 Abs. 3:** Imperativ: „haben zu enthalten“

- Zu § 41 Abs. 4 Z 1:** Fallfehler: „den“
- Zu § 45:** Zur Vereinheitlichung der Begriffsverwendung sollte es hier „**des Rechtsträgers**“ statt „der Wertpapierfirma“ heißen.
- Zu § 47 Abs. 2 Z 3:** Fallfehler (schon in der RL-Übersetzung): „an dem“
- Zu § 47 Abs. 5:** Dieser Absatz sollte in § 48 **transferiert** werden, da er ebenfalls Informationen für Kunden behandelt.
- Zu § 48 Abs. 1 Z 3 UAbs. 2 :** Auch letzter Satz im Imperativ: „**sind** zur Verfügung **zu stellen**“
- Zu § 51 Abs. 6:** Ersatz des Platzhalters durch „der **Delegierten Verordnung (EU) 2017/565**“
- Zu § 53 Abs. 1:** zu ergänzen: „oder einer im Auftrag eines Dritten **handelnden Person**“
- Zu § 53 Abs. 6 und 7:** Diese Absätze sollten **ersatzlos entfallen**, da inhaltlich mit Abs. 4 ident.
- Zu § 54 Abs. 2:** Fallfehler: „Anbieter, des ... sowie eine“
- Zu § 54 Abs. 5:** Auch letzter Satz im Imperativ: „**hat** ... **zu** verfügen“
- Zu § 54 Abs. 7:** Fallfehler: „einem“
- Zu § 57 Abs. 1:** Numerusfehler: „den Kunden zu **seinem**“
- Zu § 58:** Tippfehler: „**einholen**“ statt „**einzuholen**“
- Zu § 60 Abs. 1:** Numerusfehler: „**seinem** Kunden“, „Mitteilungen an **den** Kunden“
- Zu § 60 Abs. 2 bis 4:** Die unnötig kompliziert übersetzten RL-Begriffe „**Geeignetheit**“ und „**Geeignetheitserklärung**“ sollten durch „**Eignung**“ und „**Eignungserklärung**“ ersetzt werden.
- Zu § 61:** Im Zuge der RL-Umsetzung sollte auf „**des „Hypothekar- und Immobilienkreditgesetzes - HIKrG, BGBl. I Nr. 135/2015,**“ abgestellt werden.
- Zur Vermeidung eines Zirkelverweises sollte das Zitat auf „§§ 55 bis **60**“ geändert werden.
- Zu § 62 Abs. 1:** Imperativ: „**hat** ... **auszuführen.**“
- Zu § 63 Abs. 1:** Numerusfehler: „erlaubt“
- Zu § 64 Abs. 3:** Numerusfehler: „Informationen“
- Zu § 65 Abs. 1:** Imperativ: „**haben** es **zu ermöglichen**“
- Zu § 66 Abs. 3:** Ersatz des Platzhalters durch „der **Delegierten Verordnung (EU) 2017/565**“
- Zu § 72 Abs. 3:** Veraltetes Zitat: nunmehr „**§ 268 Abs. 4** UGB“
- Zu § 90:** Durch die Vermehrung der relevanten Gesetze und EU-Rechtsakte kommt es zu einer stärkeren Differenzierung der jeweils auf einzelne Normadressaten anwendbaren Bestimmungen. Zum Teil sind demnach nur einzelne der im Einleitungssatz angeführten Normen anwendbar, zum Teil sind auch nicht in der Einleitung angeführte Gesetze (BWG, FM-GwG, ESAEG) anzuwenden. Zur besseren Verständlichkeit sollten diese Gesetze in einen eigenen Absatz **ausgelagert** werden. Die Aufzählung im Einleitungssatz sollte aber um die aufgrund des WAG 2018, der Richtlinie 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 erlassenen Verordnungen und Delegierten Rechtsakte **ergänzt** werden.
- Zu § 90 Abs. 3 Z 2, 4 und 8:** Fallfehler: „Rechtsträgern“
- Zu § 91:** Ersatz des Platzhalters durch „der **Delegierten Verordnung (EU) 2017/565**“
- Zu § 92:** Dieser Paragraph sollte eine **eigene Überschrift** erhalten, da jene vor § 91 nicht passt.
- Zu § 92 Abs. 3 Z 2:** Der bereits bisher unpassende Begriff „Wirtschafts**treuhänder**“ welcher auch Steuerberater umfasst, sollte durch „Wirtschafts**prüfer**“ ersetzt werden, da nur solche tatsächlich in der Lage sein werden die Funktion eines Regierungskommissär tatsächlich auszuüben.
- Zu § 93 Abs. 1:** Numerusfehler: „diese**m**“

**Zu § 93 Abs. 2:** Ergänzung um „Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und aufgrund dieser erlassene Delegierte Rechtsakte“?

**Zu § 95 Abs. 1 Z 2:** Tippfehler: „qualifizierten“

**Zu § 95 Abs. 1 Z 14:** Ersatz des Platzhalters durch „der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565“

**Zu § 95 Abs. 1 Z 17, 33, 35 und 49:** Am Ende fehlt jeweils der Beistrich bzw. ist ein Leerzeichen davor zu löschen

**Zu § 95 Abs. 6 und 7:** zu streichen: „~~von der FMA~~“, da in § 102 ohnehin die Zuständigkeit geregelt ist.

**Zu § 95 Abs. 3 Z 4 Schluss:** zu ergänzen: „bis zu“

**Zu § 95 Abs. 4:** Unvollständiges Zitat: „§§ 95, 159 und 160 BörseG 2018“

**Zu § 100 Abs. 5:** Dieser Absatz sollte in § 101 **verschoben werden**, da er auch eine Rechtsschutzbestimmung beinhaltet.

**Zu § 102 Abs. 2 und 3:** Es ist **nicht verständlich**, dass gleichzeitig mit der Streichung der analogen Bestimmungen in einem Dutzend anderer Gesetze, dieselben Bestimmungen in diesem Gesetz neu eingeführt werden sollen! Diese Absätze sollten daher **ersatzlos entfallen**.

**Zu § 103:** Diese Bestimmung erscheint unnötig und sollte daher entfallen, da es in einem Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte, dass von einer Behörde **alle** Bundesgesetze einzuhalten sind.

**Zu § 104 Abs. 1:** Satz 2 ist **keine** RL-Umsetzung und **kein** vollständiger deutscher Satz; auch sollten die Hochkommata entfallen.

**Zu § 104 Abs. 5 bis 11:** Diese Bestimmungen beziehen sich alle sachlich auf das **BörseG 2018** und sollten daher auch nicht im WAG 2018 sondern **dort geregelt** werden.

**Zu § 104 Abs. 5 Z 1:** Fallfehler schon in RL-Übersetzung: „offenen“

**Zu § 104 Abs. 6:** Tippfehler: „Person“

**Zu § 111 Abs. 2 Z 3:** Falsche Begriffswahl: „Finanzinstituten“ statt „Finanzinstrumenten“

**Zu § 112 Abs. 2:** Es erscheint ausreichend, das WAG 2007 hier nur mit dem **Kurztitel** zu zitieren, da die Langfassung ohnehin bereits in Abs. 1 angegeben ist.

**Zu § 113:** Diese Bestimmung gehört sachlich zum ZGVG und sollte daher auch nicht im WAG 2018 sondern **dort geregelt** werden.

**Zu § 113 Z 1 und 2:** Das Enddatum wurde durch die Richtlinie (EU) 2016/1034 auf „3. Jänner 2021“ geändert. Dies sollte hier **berücksichtigt** werden.

**Zu § 114 Abs. 2:** Es erscheint **ausreichend**, das WAG 2007 auch hier nur mit dem **Kurztitel** zu zitieren.

**Zu § 114 Abs. 3 und 4:** Entsprechend der Aussage im Einleitungssatz, sollten **alle** Rechtsvorschriften auch tatsächlich in ihrer **aktuellen Fassung** und nicht nur in der jeweiligen Stammfassung **angegeben** werden;

**zusätzlich** sollten in die Auflistung auch die im Gesetz angeführten Delegierten Rechtsakte **aufgenommen** werden.

**Zu § 117:** Die Absatznummer „(+)“ ist unnötig und sollte **entfallen**.

## VI. Zu Art. 10 – BWG

**Zu Z 21 und 23:** Die beiden Ziffern könnten zusammen gefasst werden: „In § 99 Abs. 1 und § 99d Abs. 1 und 2 entfällt jeweils ...“

**Zu Z 26 und 27 (§ 106 Abs. 3 und § 107 Abs. 96):** Die nicht mit der Umsetzung der MiFID II zusammen hängenden Bestimmungen, insb. die redaktionellen Folgeänderungen zu § 22 Abs. 6 bis 11 FMABG, sollten sofort mit Kundmachung und nicht erst mit 3. Jänner 2018 in bzw. außer Kraft treten. Bei Außerkrafttretens-Bestimmungen erübrigt sich auch der Zusatz „in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XX/2017“, da sie ja durch dieses Bundesgesetzes gerade keine Fassung mehr haben sollen.

**VII. Zu Art. 11 – BSpG**

**Zu Z 2 (§ 18 Abs. 4):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**VIII. Zu Art. 12 – AIFMG**

**Zu Z 7 (§ 73 Abs. 32):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**IX. Zu Art. 16 – E-Geldgesetz**

**Zu Z 3 (§ 41 Abs. 8):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**X. Zu Art. 17 – ESAEG**

**Zu Z 11 (§ 61 Abs. 4):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XI. Zu Art. 19 – FKG**

**Zu Z 3 (§ 18 Abs. 11):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XII. Zu Art. 20 – FMABG**

**Zu Z 14 (§ 28 Abs. 34):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XIII. Zu Art. 21 – FM-GwG**

**Zu Z 8 (§ 42 Abs. 4):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XIV. Zu Art. 23 – GSpG**

**Zu Z 2 bis 4:** Der Zusatz „~~in der Fassung BGBl. I Nr. XX/2017~~“ ist **unnötig**, da es sich um die Stammfassung handelt.

**Zu Z 5:** Die letzte Novellierungsanordnung sollte „**5.** Dem § 60 ...“ lauten.

**XV. Zu Art. 24 – HypBG**

**Zu Z 3 und 4 (§ 43 Abs. 8 und § 44 Abs. 2):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XVI. Zu Art. 25 – ImmoInvFG**

**Zu Z 5 (§ 44 Abs. 16):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XVII. Zu Art. 26 – InvFG 2011**

**Zu Z 19 und 21 (§ 67 Abs. 2 und § 141 Abs. 1):** Bei der erstmaligen Zitierung an diesen Stellen sollten die Gesetze mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**Zu Z 30 (§ 200 Abs. 22):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XVIII. Zu Art. 28 – KMG**

**Zu § 1 Abs. 1 Z 4:** Neben der Änderung der Verweise auf das WAG 2007 ist auch der Verweis auf die **Richtlinie 2004/39/EG** veraltet und sollte durch einen auf die Richtlinie 2009/65/EG **ersetzt** werden.

**Zu Z 1 (§ 1 Abs. 1 Z 5a):** Bei der erstmaligen Zitierung an dieser Stelle sollte das WAG 2018 mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**XIX. Zu Art. 31 – MaklerG**

**Zu Z 2 (§ 41 Abs. 3):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XX. Zu Art. 32 – NO**

**Zu Z 1 (§ 36e Abs. 1):** Bei der erstmaligen Zitierung an dieser Stelle sollte das WAG 2018 mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**XXI. Zu Art. 33 – PKG**

**Zu Z 7 (§ 51 Abs. 42):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXII. Zu Art. 34 – PfandbriefG**

**Zu Z 2 (§ 12 Abs. 7):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXIII. Zu Art. 35 – PRIIP-Vollzugsgesetz**

Dieser Artikel sollte **ersatzlos entfallen**, da das zu novellierende Gesetz noch gar nicht beschlossen wurde und daher die Novelle besser gleich in der Stamfassung - ggf. als Übergangsbestimmung - berücksichtigt werden sollte.

**XXIV. Zu Art. 36 – RAVG**

**Zu Z 2 (§ 11 Abs. 4):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXV. Zu Art. 38 – RAO**

**Zu Z 1 (§ 8e Abs. 1):** Bei der erstmaligen Zitierung an dieser Stelle sollte das WAG 2018 mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**XXVI. Zu Art. 40 – BaSAG**

**Zu Z 21 (§ 167 Abs. 5):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXVII. Zu Art. 42 – SFT-Vollzugsgesetz**

**Zu Z 3 (§ 14 Abs. 3):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXVIII. Zu Art. 43 – SpaltG**

**Zu Z 1 (§ 7 Abs. 3a):** Bei der erstmaligen Zitierung an dieser Stelle sollte das WAG 2018 mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**XXIX. Zu Art. 44 – SpG**

**Zu Z 2 (§ 42 Abs. 13):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXX. Zu Art. 46 – ÜbG**

**Zu Z 1 und 4 (§ 1 Z 8 und § 16 Abs. 4):** Bei der erstmaligen Zitierung an diesen Stellen sollten die Gesetze mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**Zu § 27d:** Neben der Änderung der Verweise auf das WAG 2007 ist auch der Verweis auf die **Richtlinie 2004/39/EG** veraltet und sollte durch einen auf die Richtlinie 2009/65/EG **ersetzt** werden.

**XXXI. Zu Art. 47 – UGB**

**Zu Z 1 und 2 (§ 243a Abs. 1):** Bei der erstmaligen Zitierung an dieser Stelle sollten die Gesetze mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden. Z 1 sollte deshalb geteilt werden.

**XXXII. Zu Art. 48 – VAG 2016**

**Zur Artikelüberschrift und Promulgationsklausel:** Der Kurztitel lautet „VAG **2016**“

**XXXIII. Zu Art. 49 – WiEReG**

Dieser Artikel sollte **ersatzlos entfallen**, da das zu novellierende Gesetz noch gar nicht beschlossen wurde und daher die Novelle besser gleich in der Stammfassung - ggf. als Übergangsbestimmung - berücksichtigt werden sollte.

**XXXIV. Zu Art. 50 – WTBG**

Dieser Artikel sollte **ersatzlos entfallen**, da das zu novellierende Gesetz gemäß Entwurf 307/ME durch das WTBG 2017 ersetzt werden soll. Die Novelle sollte besser gleich in dessen Stammfassung - ggf. als Übergangsbestimmung - berücksichtigt werden.

**XXXV. Zu Art. 51 – ZaDiG**

**Zu Z 1 (§ 3):** Bei der erstmaligen Zitierung an dieser Stelle sollte das WAG 2018 mit **Langtitel und Fundstelle** angegeben werden.

**Zu Z 8 (§ 79 Abs. 13):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXXVI. Zu Art. 52 – ZGVG**

**Zu § 5 Abs. 1:** Die Recherche im RIS wurde offenbar zu früh abgebrochen. Daher sollte folgende Novellierungsanordnung **ergänzt** und die bisherigen **unnummeriert** werden:

*1. In § 5 Abs. 1 wird die Wortfolge „§ 90 Abs. 1 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 (WAG 2007), BGBl. I Nr. 60/2007,“ durch die Wortfolge „§ 89 Abs. 1 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018 - WAG 2018, BGBl. I Nr. XX/2017,“ ersetzt.*

**Zu Art. 95 MiFID II:** S.o. zu § 113 WAG 2018

**Zu Z 2 (§ 18 Abs. 4):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXXVII. Zu Art. 53 – ZvVG**

**Zu § 11 Abs. 1:** Die Recherche im RIS wurde offenbar zu früh abgebrochen. Daher sollte folgende Novellierungsanordnung **ergänzt** und die bisherigen **unnummeriert** werden:

*„1. In § 11 Abs. 1 wird die Wortfolge „§ 90 Abs. 1 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 (WAG 2007), BGBl. I Nr. 60/2007,“ durch die Wortfolge „§ 89 Abs. 1 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018 - WAG 2018, BGBl. I Nr. XX/2017,“ ersetzt.“*

**Zu Z 6 (§ 22 Abs. 2):** S.o. zu §§ 106 und 107 BWG

**XXXVIII. Zu Art. 54 (neu) – Finalitätsgesetz**

**Zu § 9:** Es ist auch der Verweis auf die **Richtlinie 2004/39/EG** veraltet und sollte durch einen auf die Richtlinie 2009/65/EG **ersetzt** werden.

**XXXIX. Zu Art. 55 (neu) – FinSG**

**Zu § 2 Abs. 1 Z 3b:** s.o. XXXVIII.

**XXXX. Zu EB**

Im Allgemeinen Teil sollte die Richtlinie 2004/39/EG einheitlich mit „MiFID **I**“ abgekürzt werden. Auch ist zu ergänzen „Verordnung **(EU)** Nr. 596/2014“.

**Zu Art. 2:**

**Zu § 1:** Tippfehler: „per definitionem“

**Zu § 19 Abs. 1:** Fallfehler: „bestimmter“;

Tippfehler: „denen“

**Zu § 19 Abs. 8:** Tippfehler: „Sicht“

**Zu § 19 Abs. 1:** Fallfehler: „im“

**Zu § 93:** Fallfehler: „dem“

**Zu § 94:** § 45a BörseG alt **existiert nicht**.

**Zu Art. 4:**

**Zu § 3 Z 4 Abs. 3:** Fallfehler: „eines konzessionspflichtigenn Bankgeschäftes“

**Zu § 3 Z 6:** Die umgesetzten RL-Bestimmungen sollten mit Aufzählungszeichen **gelistet** werden.

**Zu § 14 Abs. 11:** zu ergänzen am Satzende: „**zuständig**“

**Zu § 19:** Tippfehler: „ ein Unternehmen, das“;

zu streichen: „~~und~~“

**Zu § 21:** Genusfehler: „dieseg“;

ausschreiben: „**Mitgliedstaat**“

**Zu § 27:** Fallfehler: „der algorithmische Handell“

**Zu § 46:** zu streichen: „~~die~~ allgemeine Weise“

**Zu § 47 Abs. 5:** Tippfehler: „Beaufsichtigten“

zu streichen: „per se **Paket**“

**Zu § 58:** zur Vereinheitlichung: „ Anhang **I**“ statt „Anhang **4**“

**Zu § 73 Abs. 3:** zu ergänzen: „§ 75 Abs. 5 **WAG 2007**“

**Zu § 73 Abs. 4:** Abweichende **Formatierung** Hochkommata

**Zu § 90 Abs. 7:** Fallfehler: „gebundenee“

**Zu § 110 Abs. 5:** Zu ergänzen: „**Die**“

**Zu § 110 Schlusssatz:** Einheilige Schreibweise: „Paragraph“

**Zu Art. 46:**

**Zu § 27f Abs. 1:** Tippfehler: „kommt ... dem Firmenbuchgericht zu, das ...“

Fallfehler: „Zur Neunummerierung“

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme ergeht gleichzeitig an das Präsidium des Nationalrates pA [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at).

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Gerhard Feiler